

Über die Agenda 2010 als Teil eines neoliberalen Wirtschaftskonzeptes

Referat von Achim Czulwick, gehalten auf der Aktionskonferenz gegen die Agenda 2010 am 4. Juni in Oberhausen

[...] Wie zu erwarten war, hat der SPD Sonderparteitag die Agenda 2010 abgesehnet. Sofort wird in den Massenmedien der Eindruck verbreitet, damit sei alles gelaufen, jetzt gebe es nur noch parlamentarische Hürden für die Agenda 2010. Ich glaube, hier machen sich Schröder und Co doch erhebliche Illusionen. Der Protest wird nicht abflauen, sondern er wird sich steigern. Dafür spricht einmal das Zusammentreten dieser Konferenz, von der ja das Signal ausgehen wird, dass der Widerstand gegen die Regierung, aus den Betrieben heraus, zu organisieren ist. Dafür spricht aber auch, dass die Metaller und Stahlarbeiter im Osten der Republik, für den Streik um die 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, trotz aller Hetze und Gegenpropaganda von Zeitungen, Unternehmern und Politikern - einschließlich der PDS -, stimmen und seit Montag, den 2. Juni 2003 im Kampf um diese Forderung stehen. Die Streiks am 3. Juni 2003 in Österreich und Frankreich sprechen ebenfalls eine andere Sprache als der SPD Parteitag und zeigen die wachsende Bereitschaft in Europa, gegen die Regierungen aufzustehen. Auch die Agenda 2010 wird ohne den Kampf gegen die Regierung nicht fallen. Ich möchte dazu in meinem Beitrag in drei Punkten auf Schröders Agenda 2010 eingehen und hoffe damit auch Argumente und Anregungen für die Diskussion zu liefern.

1. Haben wir wirklich über unsere Verhältnisse gelebt, wie es die Befürworter der Agenda 2010 behaupten? Oder liegt der wirkliche Grund für die Agenda 2010 in einer neuen Art von Dienstleistungspolitik des Staates für die großen internationalen Konzerne? Ich werde darlegen, dass es mit der Agenda 2010 tatsächlich um eine Neuausrichtung des Staates, als Dienstleister für die großen internationalen Konzerne, geht.

2. Wird diese Agenda 2010 die Arbeitslosigkeit abbauen, wie Schröder behauptet – oder wird es zur weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit und der Konkurrenz unter den Beschäftigten kommen? Ich werde darlegen, dass es zu einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit und der Konkurrenz unter den Beschäftigten um die Arbeitsplätze kommen wird, was auch die Absicht dieser Politik ist.

3. Die Agenda 2010 ist ein erstes Kernstück einer arbeiterfeindlichen Politik. Ich werde darlegen, dass sich dessen arbeiterfeindlicher Charakter auch dadurch nicht ändern wird, wenn eine angebliche soziale Schiefelage beseitigt wird, wenn wir dann schon mit 66,7 Jahre statt mit 67 in Rente dürfen.

Alle Kritiken an der Agenda 2010, die auf die Forderung nach einem gerechten Lastenausgleich abzielen, entlarven sich als sehr geschickte Methode, die Agenda 2010 zu rechtfertigen und sie im Bundestag durchzubringen. Die sogenannte Gesundheitsreform soll als erster Teil der Agenda 2010, noch in diesem Monat beschlossen werden.

Die Rechtfertigung der massiven Veränderungen der gesundheitlichen Versorgung der Menschen, werden damit begründet, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Wenn man sich anschaut, wie Menschen heute schon leben müssen, weil sie nach langer und harter Arbeit dennoch nicht richtig versorgt oder gepflegt werden, ist diese Argumentation schon eine Provokation. Es gibt natürlich noch viele andere Rechtfertigungen der Agenda 2010, so dass sich die Jugend die Alten nicht mehr leisten könnten, oder dass die Jugend zu unflexibel wäre, usw.

All diese "Argumente" dienen aber dazu Gruppeninteressen zu schüren und besonders Jung und Alt zu spalten. Mit wirklichen Argumenten hat das alles nicht mehr zu tun. Der Nationalökonom Albert Müller wies darauf hin, dass 40% aller in den USA, in den Medien erscheinenden politischen und ökonomischen Nachrichten, Produkte von PR Firmen im Auftrag ihrer Kunden sind. In Deutschland kommen schon heute auf die 30.000 Berufspolitiker 18.000 PR Leute. Und eines ihrer Produkte ist der "Kampfbegriff" "wir haben über unsere Verhältnisse gelebt". Darum werdet ihr auch in keiner bürgerlichen Zeitung den Versuch finden, diese Behauptung nachzurechnen. Nicht wir haben über unserer Verhältnisse gelebt, sondern die bestehenden Sozialsysteme werden von den Monopolen in diesem Land in Frage gestellt und wurden finanziell systematisch ausgehöhlt, u.a. durch die Folgen der Massenarbeitslosigkeit.

Die Massenarbeitslosigkeit ist seit 1975 eine Dauererscheinung in diesem Land. Gegenwärtig steigt sie jeden Monat weiter an und wird die 5 Millionenmarke demnächst überschreiten. Dabei gibt die offizielle Zahl nur annähernd wieder, wie hoch die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Deutschland wirklich sind. In Deutschland ist davon auszugehen, dass für 18 Millionen ein Vollarbeitsplatz fehlt. Zudem geht

die Ausbildungsquote gegen Null und liegt schon heute unter 5 % . Diese Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit wird die Finanzierung der Sozialsysteme unterhöhlen. Mit jeder Entlassung werden die Unternehmer auch von der Einzahlung in die Sozialkassen entbunden, obgleich sie diese Kassen mit diesen Entlassungen mehr und mehr belasten. Nicht nur, dass sie keine Sozialbeiträge für unsere arbeitslosen Kollegen zahlen müssen, auch die Maschinen, die diese Kollegen ersetzen, bleiben ohne jede Besteuerung. Vor allem die großen Konzerne wurden so mehr und mehr von der Pflicht entlastet, sich an der Finanzierung des gesellschaftlichen Sozialsystems zu beteiligen. Die Lohnkosten der Unternehmer sanken ständig. 1991 betrug der durchschnittliche Lohnanteil am Umsatz 11,9 %, bis heute ist er auf 8,6 % gesunken. In der gleichen Zeit stieg der Umsatz je Arbeiter um 73,3 %. Real wird heute 7 % weniger verdient als vor 10 Jahren, das sind ca. 2000 bis 3000 € im Jahr. Die Weltwirtschaftskrise hat diese Entwicklung natürlich beschleunigt. Mit den langen Laufzeiten der Tarifverträge konnten die Monopole die Krisenlasten auf uns abwälzen.

Erstens, werden Arbeitsplätze vernichtet, was die Senkung der Beiträge durch die Unternehmer in den Sozialsystemen zur Folge hat, während diese Systeme belastet werden. Zweites werden die Monopole direkt von Sozialbeiträgen entlastet, die in der Agenda 2010 als Investitionshemmend gelten. Drittes, wird die Massenarbeitslosigkeit zum allgemeinen Druckmittel zur Senkung des Lohnniveaus und der weitgehenden Aufhebung von Arbeits- und Tarifregeln.

Die Agenda 2010 führt diese Politik nun nicht nur einfach weiter, sondern mit der Agenda 2010 wird die Politik eingeleitet, die Sozialsysteme endgültig in der bisherigen Form abzuschaffen. Das wird um so klarer, wenn wir das Bestreben der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen einbeziehen. Krankenhäuser sollen in Zukunft Profite abwerfen, da stört die Monopole die Parität in der Finanzierung der Krankenkasse. Sie wollen unter keinen Umständen in ihre eigenen zukünftigen Unternehmen einzahlen. Wir können also feststellen, dass die Reform der Sozialsysteme nicht die Absicht der Agenda 2010 ist, denn dann müsste u.a. die Übernahme der Finanzierung der Sozialsysteme durch die Monopole ins Zentrum der Politik rücken. Mit der Agenda 2010 wird aber die Aufhebung dieser Sozialsysteme eingeleitet.

Das hat, wie auch die anderen Punkte der Agenda, seinen Hintergrund in den gewaltigen Veränderungen in der ökonomischen Struktur in der Welt. Seit Anfang der 90er Jahre, seit dem Zusammenbruch des bürokratisch- kapitalistischen Systems in der Sowjetunion, erleben wir nämlich eine gewaltige Neuorganisation der internationalen Produktion. Durch grenzüberschreitende Fusionen und Zusammenschlüsse, durch die Privatisierung ehemals staatlicher Betriebe, entstanden rund 500 weltmarktbeherrschende Übermonopole. Das sind Konzerngebilde mit einer solchen ökonomischen Potenz, dass sie die weltwirtschaftliche Entwicklung beherrschen und die Weltpolitik maßgeblich bestimmen. Die Übermonopole, die in Deutschland entstanden sind, machen den größten Teil ihres Umsatzes im Ausland aus. So erreichte Thyssen/Krupp im Jahr 2000 einen Auslandsumsatz von 65%, oder DaimlerChrysler kam auf 84% und VW auf 71%. Mit ihrer Investitionspolitik haben diese Monopole auch die Unterschiede in der Produktivität zwischen den inländischen und ausländischen Produktionsstätten aufgehoben. So erreichte die Auslandproduktion von Thyssen/Krupp im Jahr 2000 46 %, im Jahr 1990 waren es erst ca. 18%. (Alle Zahlen aus dem Buch "Götterdämmerung über der neuen Weltordnung" von Stefan Engel)

Diese Neuorganisation der internationalen Produktion verträgt sich natürlich nicht mit den national noch recht unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Die Neuorganisation der internationalen Produktion erzeugt den Zwang, das Sozialrecht, das Steuerrecht, das Arbeitsrecht, Patentrechte usw., anzugleichen. Die Übermonopole verlangen nun eine Angleichung der Rahmenbedingungen auf dem niedrigsten Niveau, was die Rechte der Arbeiter und Angestellten betrifft und auf dem höchsten Niveau, was ihre Möglichkeiten zu optimalen Kapitalverwertung betrifft. In diesem Zusammenhang ist es eine beliebte Drohkulisse mit der Verlagerung des Hauptsitzes der Betriebe in ein anderes Land zu argumentieren, um den Lohn der Arbeiter und Angestellten zu drücken oder Arbeitszeiten zu verlängern, oder arbeiterfeindliche Gesetze - wie jetzt die Agenda 2010 - durchzubringen. Allerdings funktioniert diese Methode gegenüber den Beschäftigten immer weniger. Es ist ja eine der zentralen Erfahrungen der letzten Jahre von einer großen Masse von Menschen in den Betrieben, dass Zugeständnisse weder an Verlagerung oder am Lohnabbau was ändern konnten. Die Kolleginnen und Kollegen zahlen letztlich immer die Zeche. In dieser Erfahrung, zeigt sich eben eines der grundlegenden Gesetze im Kapitalismus, dass das Kapital dort hingehet und produziert wird, wo die meisten Profite heraus springen.

Die Drohung mit der Verlagerung verliert aber auch an Wirkung, weil die internationalen Monopole mit der Neuorganisation der internationalen Produktion schon eine weitgehende Verteilung der Produktion

auf dem Erdball organisiert haben, um überall da zu sein, wo der Markt ist. Heute schlagen solche Drohungen schneller in die Erkenntnis um, dass es eigentlich über Ländergrenzen hinweg zum gemeinsamen Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz gegen den gemeinsamen Gegner kommen müsste. "Wir müssen hier umdenken", sagte mir letztlich ein Stahlarbeiter, "denn wenn Thyssen/Krupp international produziert und denkt, dann müssen wir auch lernen international zu kämpfen, oder?" Statt auf diese Linie einzuschwenken, verlegen sich die "linken Kritiker" auf Alternativen zur Agenda 2010, so auch Lafontaine, der "mehr staatliche Lenkung" fordert. Dabei ist die Agenda 2010 gerade Ausdruck staatlicher Lenkung. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein kürzlich erschienen Buch "Götterdämmerung über der neuen Weltordnung" von Stefan Engel hinweisen, weil dort u.a. die Hintergründe für die Politik der Agenda 2010 aufgedeckt werden. Der Autor weist nach, dass sich die "herkömmliche Rolle des bürgerlichen Staates als zentraler Regulator der nationalen Ökonomie" verändert hat. Dass es nunmehr darum gehe, die "besten Dienstleistungen für die internationalen Monopole, für ihre optimale Kapitalverwertung und für günstige politischen Rahmenbedingungen" zu schaffen.

Die Folge dieser Politik ist es, dass es nun um eine weltweite "Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten" geht, also darum, die besten Rahmenbedingungen zur Sicherung des Maximalprofits für diese Konzerne zu schaffen. Daher: Rentenkürzungen, Anhebung des Rentenalters, höhere Massensteuern, niedrige Unternehmersteuern, Abbau des Arbeitslosengeldes bis zum Sozialhilfesatz und Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, weitgehende Abschaffung der Krankenversicherung und der gesetzlichen Leistungen der Krankenkasse, Lockerung und Abbau des Kündigungsschutzes, ein Art von Zwangsarbeit für die Jugend, weil sie zur Annahme jeder Art von Arbeit in der Republik genötigt werden soll, Gesetzliche Absicherung von Lohndumping mit dem Leiharbeitergesetz, usw., usw.

Allein die Tatsache, dass in den verschiedensten Ländern Europas und Amerikas, wie in Asien, bis ins Detail zum Teil dieselben Regierungsprogramme aufgelegt sind, beweist, dass überall der Staat zum Dienstleister der internationalen Monopole umgebaut wird. Die Konkurrenz um die besten Rahmenbedingungen für die internationalen Monopole sollen natürlich wir bezahlen. Auf diesen Konkurrenzkampf dürfen wir uns nicht einlassen, denn wo soll der enden? Auf dem Lohn- und Sozialniveau von Portugal, der Ukraine oder Chinas?

Wenn sich die Arbeiter auf der Welt und in den jeweiligen Ländern gegenseitig Konkurrenz um die billigsten Löhne und die längsten Arbeitszeiten machen, dann ist für die Monopole irgendwo auf der Welt immer ein Standortvorteil auszumachen –den sie zur Erpressung nutzen. Die zur Zeit vielen Kämpfe in Europa, bis zu Generalstreiks, zeigen dagegen zwei Tendenzen auf.

Erstens, die Menschen wehren sich dagegen in so eine die Existenz vernichtende Konkurrenz getrieben zu werden. Zweitens, dass in diesen Kämpfen und Protesten eine historisch einmalige Gelegenheit für den gemeinsamen Kampf entsteht, die wir nutzen müssen. Für den gemeinsamen Kampf gegen die arbeiterfeindliche Politik, gegen die Agenda 2010, braucht man gemeinsame und offensive Forderungen. Für diesen Weg stehen die Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und für den 6 Stundentag bei vollem Lohnausgleich oder die vollständige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Monopole. Schröder, Fischer und Co. dagegen behaupten ausgerechnet ihre Agenda 2010 würde Arbeitsplätze schaffen. Zunächst fällt auf, dass diese Versprechungen nicht neu sind. Seit über 30 Jahren wird unter dem Stichwort, Förderung der Investitionstätigkeit der Unternehmer, angeblich die Massenarbeitslosigkeit bekämpft. So wurden die Monopolen, besonders in den letzten Jahren nicht nur mit Steuervergünstigungen verwöhnt, sie konnten auch eine Vielzahl von gesetzlichen Deregulierungen durchsetzen, wobei sie mit der Abschaffung der Lohnfortzahlung am Widerstand der Arbeiter und Angestellten 1996 gescheitert sind. Im Jahr 2001 in Verbindung mit der "Steuerreform" bekamen die internationalen Monopole 426 Mio. € mehr Steuer rückerstattet, als sie überhaupt bezahlt haben! Der Senkung direkter Steuern für die Unternehmer stand natürlich die Anhebung der Steuern für die Massen gegenüber. Die Minderung der Unternehmersteuern von 125 Mrd. Euro waren nach bürgerlichem Verständnis ein gigantisches Konjunkturprogramm. Tatsächlich sind wir aber in der tiefsten Weltwirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Diese ganzen Milliarden, die den großen Konzernen zu geflossen sind, nutzten die Unternehmer zur Rationalisierung, zu Fusionierung über Ländergrenzen hinweg und erzeugten in Deutschland so eine ständig steigende Arbeitslosigkeit.

Begnügten sich die internationalen Konzerne bisher mit Deregulierungen, so wird mit der Agenda 2010 nun der direkte Abbau von Tarif- und Arbeitsrechten eingeleitet. Für diese Zielsetzung der Agenda steht die Lockerung des Kündigungsschutzes. Den Kündigungsschutz hat sich die Arbeiterbewegung

erkämpft. Der Kündigungsschutz sichert in sofern Arbeitsplätze, weil er das willkürliche Bestreben der Unternehmer, des Heuern und Feuerns, erschwerte und so die Arbeiter und Angestellten vor einer solchen Willkür schützte. Die Möglichkeit, je nach Marktlage zu heuern und zu feuern, soll aber in Zukunft gegeben sein. Hartz, VW Personalvorstand und Leiter der gleichnamigen Regierungskommission, forderte daher, dass die Unternehmen frei atmen können müssen. Damit meinte er, dass die Monopole ohne rechtliche und tarifliche Probleme zu bekommen, je nach Marktlage, ihre Beschäftigung "einatmen" und wie verbrauchten Atem wieder "ausatmen" können. Daher soll der Kündigungsschutz fallen.

Die ersten Schritte dahin sind Teil der Agenda 2010. Hier ist die Lockerung des Kündigungsschutzes für Kleinbetriebe und neue Abfindungsregeln für Großbetriebe vorgesehen. Einzelne, wenn auch sehr wenige Professoren, begreifen durchaus diese Richtung und Absicht der Agenda 2010. In der Fernsehsendung Monitor vom 24.04.03 rechnete der bürgerliche Konjunkturoperte Prof. Dr. Gustav Horn vor, dass durch die Agenda 2010 allein in den nächsten zwei Jahren rund 100.000 Arbeitsplätze vernichtet werden! Das ist zumindest ein ernsthafter Beitrag zur Entlarvung der Agenda 2010.

Das kann von den sogenannten linken Kritikern aus der SPD oder den Vorständen der Gewerkschaft nicht behauptet werden. Alle diese "Kritiker" haben erklärt, die Agenda 2010 mit zu tragen, wenn eine soziale Schiefelage vermieden werden würde. Unter dem Stichwort "Reformen ja" soll der arbeiterfeindliche Charakter dieser Politik mit kosmetischen Korrekturen verdeckt werden. So wären diese Kritiker versöhnt mit der Agenda, wenn z.B. das Arbeitslosengeld nicht unmittelbar, sondern in Stufen auf 12 Monate reduziert werden würde. Solche Leute sind keine Kritiker an der Agenda 2010, sondern Steigbügelhalter, wie ja der SPD Parteitag am 1.6.03 deutlich zeigte. Außerdem, wer soll denn für Gerechtigkeit sorgen? Merz, Merkel, Stoiber, Schröder, Fischer, oder auch von der PDS, wie in Berlin zu sehen, betreiben sie immer nur eine Politik: die Monopole entlasten und die Massen belasten. Schröder droht sogar den kämpferischen Gewerkschaftlern mit der Einschränkung der Gewerkschaftsrechte wie in England, wenn er in seiner Rede am 14. März 2003 vor dem Bundestag erklärt: "Ich erwarte, dass sich die Tarifparteien auf betriebliche Bündnisse einigen,... Geschieht das nicht, wird der Gesetzgeber handeln."

Die Zielsetzung der Agenda 2010, wie auch die entsprechende Politik in anderen Ländern, läuft auf die Umorganisation der staatlichen Ausgaben heraus, um Mittel frei zu bekommen und für die internationalen Monopole neue Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Darüber ist in dem schon erwähnten Buch, "Götterdämmerung über der neuen Weltordnung" zu lesen, dass alle "... sozialen Funktionen, die der Staat im Interesse der Massen ausübt, bis auf eine minimale Grundsicherung abgebaut werden. Von seinen Funktionen als sozialem Gemeinwesen soll dem Staat nur noch die der Hilfe bei den größten materiellen Lebensrisiken bleiben, er soll nur noch »subsidiär« als Rückversicherer agieren. Alle bisher staatlich wahrgenommenen Funktionen, die Maximalprofit versprechen, werden zur Privatisierung freigegeben. Vielfältige soziale Aufgaben werden den privaten Kleinfamilien zusätzlich aufgebürdet." Darum begrüßen alle Unternehmerverbände die Politik Schröders, als Schritt in die richtige Richtung und als einen Weg, der nun weiter gegangen werden soll.

Das wäre keine "sozialdemokratische Politik mehr" lamentiert u.a. auch der IG Metall Vorsitzende Zwickel und will "Druck machen", damit die SPD wieder in die richtige Richtung einbiege. Sozialdemokratische Politik ist und war immer Monopolpolitik. Das war 1959 mit dem Godesbergerprogramm so, als mit der Politik der Reformen von oben der soziale Friede gesichert werden sollte. Das ist 2003 so, weil es heute darum geht, die Rahmenbedingungen für das internationale Finanzkapital zu optimieren. Gegen den Ausverkauf ihrer Lebensinteressen, gegen die Entwertung ihrer Jahrzehnte eingezahlten Beiträge, gegen die ganze Unterordnung des Lebens unter die Kapitalinteressen wehren sich die Menschen, dagegen formiert sich der Widerstand und es entstehen Initiativen, wie auch diese Konferenz zeigt.

Am 1. Mai diesen Jahres demonstrierten ca. 1 Million Menschen gegen die Schröder/Fischer Regierung und die Agenda 2010. Das war ein hervorragender Auftakt. Aber die Spitzen der Gewerkschaft wollten keinen Kampf gegen die Regierung, da nehmen sie schon lieber ein arbeiterfeindliches Programm in Kauf. Das ganze Gerede vom "Druck auf die Regierung zu machen", damit sie eine andere Politik macht, ist eine einzige Ignoranz der realen Verhältnisse. Erstens ist die SPD, wie auch die CDU eine Monopolpartei und kann und will als solche auch nur Monopolpolitik machen, wie wir gesehen haben. Zweites hat IG Metall Chef Zwickel selbst ausdrücklich erklärt, keinen politischen Streik zu wollen. Damit signalisierte er an Schröder, dass der IG Metall Vorstand unter seiner Führung die Agenda 2010 schlucken wird, wenn sie im Bundestag durchgehen sollte. Drittens, verpflichtete sich DGB Chef

Sommer gegenüber dem Kanzler, die Proteste gegen die Agenda 2010 vorerst einzustellen und die Stimmung nicht weiter anzuheizen. Auch bei dem Versuch von Helmut Kohl 1996, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu streichen, wollte Zwickel - bei aller Wortradikalität - das zunächst akzeptieren, wenn das Parlament so entscheiden würde. Nicht so die Kollegen. Der Streik brachte das Gesetz zu Fall, sonst gäbe es heute keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mehr. Statt Kampforganisation gegen die Agenda 2010 zu werden, und damit viele neue Mitglieder aufzunehmen, werden die Gewerkschaften nun Ordnungsfaktor für Agenda 2010, um so politische Streiks gegen Schröder und Co zu verhindern. Der Protestaufruf am 24.05.03 war daher schon nicht mehr ehrlich, und es wurde in den Betrieben mehr desorganisiert als für die Teilnahme organisiert wurden. Es wurden dann dennoch 90 Tausend.

Politische Streiks sind in diesem Land natürlich verboten. Sie sind verboten, damit eine Politik, wie die zur Agenda 2010, ungestört betrieben werden kann. Das Verbot politischer Streiks ist das Verbot, gegen arbeiterfeindliche Politik zu kämpfen. Die herrschenden Gesetze sind eben die Gesetze der Herrschenden. Damit können wir uns nicht abfinden. Das um so weniger, wie nun auch noch das auf Tariffragen zurecht gestutzte Streikrecht juristisch verboten werden kann, wie dies jüngst im Fall der Lokführer durch das Arbeitsgericht Frankfurt am Main geschehen ist. Für den Kampf gegen die Agenda 2010 ist auch ein Kampf um ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht immer wichtiger! Der Kampf um dieses Recht wird dadurch geführt, dass wir uns dieses Recht nehmen. Anders geht es so nicht. In Ländern wie Frankreich, Italien, Österreich oder Dänemark ist ein Generalstreik gesetzlich auch nicht erlaubt, aber die Arbeiterbewegung dort nimmt sich dieses Recht.

Die internationalen Übermonopole fühlen sich allmächtig und besonders stark. Sie denken nämlich, sie hätten der Arbeiterbewegung den Sozialismus endgültig ausgetrieben. Die Logik dieser Konzerne ist so, dass ohne sozialistische Alternative den Arbeitern und Angestellten nichts anderes übrig bliebe, als den Kapitalismus und seinen Zweck, die ständige Profitmaximierung, zähneknirschend hin zu nehmen. Ich denke, und das sage ich mit Blick auf die Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks in Deutschland, Europa und der Welt, dass sie sich hier gewaltig verrechnen. Die Agenda 2010 und ihre schon geplanten Nachfolger zeigen doch deutlich auf, dass der Kapitalismus nicht nur keine Zukunftsvision ist, sondern zur realen Bedrohung der menschlichen Existenzgrundlage auf dem heute möglichen Niveau geworden ist. Obwohl die technischen, kulturellen und wissenschaftlichen Möglichkeiten heute ein solches Niveau haben, dass heute ein einziger Arbeiter oder Angestellter siebenmal so produktiv ist, wie vor 10 Jahren, war die Zukunft noch nie so ungewiss wie gegenwärtig.

Wer wird sich also durchsetzen? Die Nutzung der heute internationalen Produktivkräfte für eine noch weitere Ausplünderung der Menschen, was der Weg der Agenda 2010 ist. Oder der Kampf gegen die Agenda 2010, um damit den Weg zu betreten, diese internationalen Produktivkräfte vom Zwang zu befreien, nur für die Steigerung des Profits genutzt zu werden. Der Mensch muss in den Mittelpunkt, der Mensch braucht Sozialismus, um ein Wort des Schriftstellers Bertolt Brecht etwas abgewandelt zu verwenden. Wir haben allen Grund, unsere Trümpfe im Kampf gegen die Agenda 2010 auszuspielen.

Auf den aktuell wichtigsten Trumpf möchte ich hier noch kurz eingehen. Seit drei Tagen wird in Ostdeutschland um die 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich gekämpft. Dieser Streik steht zur Agenda 2010 wie Feuer zu Wasser, da die Monopole die 38 Stundenwoche bei geringerem Lohn auch als Modell für den Westen der Republik ansehen. Längere Arbeitszeit schafft den Monopole die Möglichkeit, weitere Arbeiter und Angestellten einzusparen. So wie die Arbeitszeitverlängerung Arbeitsplätze vernichtet, schafft die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich Arbeitsplätze. Jetzt arbeiten z.B. 25 Kollegen 950 Stunden in der Woche. Bei der 35 Stundenwoche wären es 75 Stunden weniger, was rechnerisch zwei Arbeitsplätze ausmacht. Wir müssen diesen Kampf im Osten der Republik unter allen Umständen fördern und ihn als Signal gegen die Agenda 2010 praktisch unterstützen, einschließlich Solidaritätsstreiks. Das wird die Einheit der Beschäftigten in Ost und West fördern und die Basis für eine neue Stärke der Arbeiterbewegung legen. Das wird dann ein gemeinsamer Kampf zur Durchsetzung der 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich von Montag bis Freitag in ganz Deutschland. Im Kampf gegen die Agenda 2010 fordern immer mehr kämpferische Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften, einen Generalstreik, so u.a. auch die Bundesjugendkonferenz von Ver.di.

Es geht im Kampf gegen die Agenda 2010 aber nicht nur um die Frage der Kampfform, sondern es geht darum, dass die Arbeiterbewegung in die Offensive kommen muss, dass wir die Arbeiteroffensive gegen die ganze Politik brauchen, die mit der Agenda 2010 ihre nun offene arbeiterfeindliche Gestalt angenommen hat.. [...]